

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 24 (1983)  
**Heft:** 9

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## CH-Rubrik

### Demokratischer Sozialismus und Systemänderung

Klassenkämpferisch gesinnte Gewerkschaften wie GBH, GTCP, Typographenbund und VPOD hatten zusammen mit Organisationen wie dem Schweizerischen Friedensrat, der POCH und der Revolutionären Marxistischen Liga sowie «linken» Exponenten der SPS vor fünf Jahren ein Sozialistisches Osteuropa-Komitee gebildet. Sie wollten über den «Kampf jener informieren, die in den osteuropäischen Ländern für die sozialistische Demokratie kämpfen und die Opfer der bürokratischen Repression unterstützen sowie die Ostblockrepression anprangern» (Tagwacht 4.8.78). Das Sozialistische Osteuropa-Komitee wollte fortan auch gegen die Menschenrechtsver-

letzungen im Ostblock kämpfen, und zwar mit dem Mittel einer «kritischen Solidarität». Als Ziel schwebte allen «ein demokratischer Sozialismus für den Osten wie für den Westen» vor (Tagwacht 21.8.78).

In der Folge ist wenig bekannt geworden, ob und wie das Sozialistische Osteuropa-Komitee seine Ziele verfolgte; einzig im Jahre 1979 waren in der «Bresche» der RML Aufrufe zur Solidarität mit den Unterzeichnern der Charta 77 in der CSSR zu lesen. Dann wurde es ruhig, die Information über jene, die in osteuropäischen Ländern für eine sozialistische Demokratie kämpfen, blieben aus. Dann versank das Sozialistische Osteuropa-Komitee mitsamt seiner Zielsetzung in Vergessenheit. Das änderte sich auch nicht, als in Polen das Komitee für die Arbeiter-Selbstverteidigung KOR aktiv wurde, als Streiks ausbrachen und schliesslich im August 1980 die Solidarnosc von den Machthabern anerkannt wurde.

Im Februar 1982 trat ein bernisches Komitee Solidarität mit Solidarnosc in Erscheinung; bald war Ähnliches auch in andern Schweizer Städten zu bemerken. Die nach Verhängung des Kriegszustands in der Schweiz zurückgebliebenen Vertreter der polnischen Solidarnosc begrüsst anfanglich diese Unternehmen, distanzieren sich aber davon, als sie erkannten, dass damit SAP-

Politik gemacht wurde (SAP = Sozialistische Arbeiterpartei, die umbenannte Revolutionäre Marxistische Liga). Diese «Solidarität mit Solidarnosc» geriet bald völlig ins linke Fahrwasser und wurde mehr für Zentralamerika aktiv als für jene, die in Polen für die Demokratie gekämpft hatten und noch kämpften.

Im Februar 1983 wachte die Erinnerung an das Sozialistische Osteuropa-Komitee wieder auf. Unter dieser Bezeichnung schloss sich das bernische Komitee Solidarität mit Solidarnosc mit andern zusammen unter gleichzeitiger Erweiterung seiner Zielsetzung auf Diskussionen über die Möglichkeit eines demokratischen Sozialismus auch bei uns. «Der Kampf der polnischen Arbeiterinnen und Arbeiter für Demokratie und Selbstverwaltung ist nicht zu trennen vom Kampf in der Dritten Welt und bei uns für eine humane solidarische Gesellschaft.» Womit man sich wieder zum alten Anliegen der Systemveränderung in Richtung Sozialismus zurückgefunden hatte. Einer Systemveränderung, die in der Zweiten Welt bereits zum katastrophalen Zusammenbruch der Wirtschaft geführt hat, in der Dritten Welt jeden Aufschwung blockiert und in allen Fällen die Unfreiheit bringt.

Welches System muss man denn ändern, damit die Ostblockrepression aufhört?

vp

## Andropows neue Marschälle

Ohne irgendwelchen ersichtlichen Grund (weder persönliches Jubiläum noch ein Landesfeiertag) wurden Ende März dieses Jahres vier bisherige sowjetische Armeegeneräle zu Marschällen befördert. Einige gemeinsame Merkmale der vier ausgezeichneten Heerführer sind zwar nicht beweiskräftig, geben aber vielleicht einen Hinweis auf die möglichen Gründe der Beförderung. Alle vier sind Mitglieder des Zentralkomitees der Partei, und alle vier befinden sich in ausgesprochenen Schlüsselpositionen der sowjetischen Streitkräfte.

1. Sergej Achromejew (1923). 1. Stellvertreter des Generalstabschefs seit 1979, Kandidierendes Mitglied des Zentralkomitees seit 1981. Befördert vom Armeegeneral zum Marschall der Sowjetunion.

2. Semjon Kurkotkin (1917). Chef des Rückwärtigen seit 1972, Mitglied des Zentralkomitees der

Partei seit 1976. Befördert vom Armeegeneral zum Marschall der Sowjetunion.

3. Wassilij Petrow (1917). Oberkommandierender der Landstreitkräfte seit 1980, Mitglied des Zentralkomitees der Partei seit 1976. Befördert vom Armeegeneral zum Marschall der Sowjetunion.

4. Wladimir Tolubko (1914). Oberkommandierender der Raketentruppen seit 1972, Mitglied des Zentralkomitees der Partei seit 1976. Befördert vom Armeegeneral zum Hauptmarschall der Artillerie.

Es könnte sein, das Andropow ausser bei seinen früheren Mitarbeitern im Staatssicherheitsdienst KGB nun auch in der Armeeführung über eine Hausmacht verfügt. Von den vier beförderten Heerführern sind drei (Kurtotkin, Petrow und Tolubko) Stellvertreter des Verteidigungsministers, gehören also zur absoluten Armeespitze, jenem ewigen Gegenpol des KGB innerhalb der sowjetischen Machstrukturen. *Georg Bruderer*



Von links nach rechts: Achromejew, Kurkotkin, Petrow und Tolubko.

Was hat der Kriegszustand aus Polen gemacht? Zu dieser umfassenden Frage gibt es jetzt eine umfassende Antwort von der richtigen Seite. Die verbotene Gewerkschaft Solidarnosc legt in einer grossen Dokumentation vor, was in den relevanten Sektoren des öffentlichen Lebens im einzelnen und im gesamten passiert ist.

Die Darstellung ist so wichtig, dass wir uns eingehender mit ihr befassen wollen. In einem ersten Beitrag geht Prof. Révész hier – nach einer kurzen Vorstellung des vollständigen Inhalts – auf die «Behandlung» der Medienschaffenden in Polen ein. In späteren Beiträgen wird er sich aufgrund der

gleichen Quelle (und einigen zusätzlichen Informationen) mit weiteren thematischen Aspekten der keineswegs nur provisorischen Errungenschaften des Kriegszustandes befassen.

Wir erinnern hier daran, dass der Kriegszustand in Polen nicht aufgehoben, sondern nur «suspendiert» ist. Faktisch geht es darum, seine Normen in eine zivile Form überzuführen, die es dem Regime gestattet, sich auf «normale» Weise gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen. Eine Rückkehr zum Status quo ante fällt (in allen Hauptsachen) ausser Betracht. Der Kriegszustand begründet dauerhaft den Zustand der Nation.

# Ein Polen-Dossier von Solidarnosc

**László Révész**  
zu einer dokumentierten  
Gesamtdarstellung  
des Kriegszustandes

Die Provisorische Koordinationskommission des (verbotenen) Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaftsverbandes (NSZZ) Solidarnosc hat der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz eine Darstellung der polnischen Lage in der Zeit des Kriegszustandes (d.h. vom 13. Dezember 1981 bis zum 31. Dezember 1982) vorgelegt. Der zweibändige Bericht ist vom 30. Januar 1983 datiert und nebst anderen vom damals noch nicht verhafteten Solidarnosc-Sprecher Zbigniew Bukajak unterzeichnet.

Es handelt sich um ein nicht so bezeichnetes Schwarzbuch unter dem formell-sachlich gehaltenen Titel «Die Menschenrechte und die staatsbürgerlichen Rechte in der Polnischen Volksrepublik in der Zeit des Kriegszustandes» («Prawa celowieka i obywatela w PRL w okresie stanu wojennogo»).

Der erste Band (auf den wir uns im folgenden stützen) enthält in thematischer Gliederung die eigentliche Darstellung des polnischen Geschehens in der fraglichen Periode, und schon dieser Teil ist gut dokumentiert. Der zweite Band umfasst sozusagen noch als Anhang die spezielle Dokumentensammlung über illustrative Einzelfälle.

Nach der Präsentation des Werkes in Madrid ist es im Westen durch das Koordinationsbüro der «Solidarnosc im Ausland» (Brüssel) in der Art eines Manuskriptdruckes veröffentlicht worden. Bis jetzt wenigstens liegt es allerdings nur in polnischer Sprache vor.

Der erste Band von 198 Seiten umfasst, abgesehen von der Einführung und einer abschliessenden Zusammenfassung, zwölf einzelne Kapitel, deren Überschriften den inhaltlichen Fächer am besten aufzeigen:

- I. Die gesetzlichen und aussergesetzlichen Mechanismen des Unrechts in der Volksrepublik Polen.
- II. Die Einführung des Kriegszustandes in Hinsicht auf die Normen des landeseigenen Rechtes und des Völkerrechts.
- III. Die Gesetzgebung im Kriegszustand.
- IV. Die repressive Rolle der Propaganda.
- V. Die Funktion von Justiz und Staatsanwaltschaft in der Periode des Kriegszustandes.
- VI. Die Praxis des Strafverfahrens: Untersuchung, Gerichtsverfahren, Urteilsprechung.

## Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumstrasse 41,  
3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD**  
zu Fr. 39.— (Ausland sFr. 42.—/DM 48.—).  
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift

9/83

VII. Die Gefängnisse. Der Status des politischen Gefangenen.

VIII. Die Internierungszentren.

IX. Die Aktivität der polizeilich-militärischen Kräfte in der Periode der Streiks und der Strassendemonstrationen.

X. Die Repressalien der Arbeitgeber.

XI. Die Repressalien unter Medienschaffenden.

XII. Hochschulen, Unterrichtswesen, Repressalien gegen die Jugend.

## Pression auf Presse

Für heute wollen wir uns auf die Informationen über die polnische Presse konzentrieren, weil dieses Kapitel auch seit der Suspendierung des Kriegszustandes von besonderer Wichtigkeit ist, wie denn die Presse schon beim «Erneuerungsprozess» eine Sonderrolle gespielt hatte.

Unter den mehreren tausend Personen, die ab 13. Dezember 1981 interniert wurden, befanden sich mehr als 100 Journalisten, insbesondere plausiblerweise Mitarbeiter der gewerkschaftlichen Wochenzeitung «Tygodnik Solidarnosc», dann aber auch Angestellte von Radio und Fernsehen. Sie waren alle aktive Mitglieder der Vereinigung Polnischer Journalisten (SDP), die dann 1982 aufgelöst wurde. Das Regime wollte ursprünglich die ganze SDP-Führung einsperren, aber anscheinend hat die Polizei später auf die Ausführung einiger Internierungsbefehle verzichtet, wenn die Gesuchten vorerst nicht auffindbar gewesen waren. Nachträgliche Festnahmen gab es allerdings auch. So verhaftete man im Januar 1982 etwa Janina Jankowska (ein Mitglied des SDP-Rates), als sie von einem Auslandsaufenthalt nach Polen zurückkehrte.

Im Mai 1982 internierte man (aufgrund einer neuen Liste) noch etwa 40 weitere Journalisten, aber damit war der Höhepunkt dieser konkreten Repressionsmassnahme erreicht. Von da an entliess man die Medienvertreter sukzessive aus den Lagern.



Nach dem Militärputsch wurden mehrere Zeitungen und Zeitschriften für einige Monate suspendiert. In dieser Zeit überprüfte man das Verhalten der Redaktionsmitglieder in der vorangegangenen Periode des Erneuerungsprozesses.

Radio und Fernsehen gehörten zu den «militarisierten» Institutionen, in denen die Arbeit disziplinarisch analog zum Militärdienst geregelt war. Zur Gewährleistung dieses Zustands ging man gegebenenfalls noch weiter. So richtete man zur Sicherstellung des gewünschten Radioprogramms das sogenannte «Bunkerstudio» tatsächlich in einer Warschauer Kaserne ein.

Für die Dauer der Überprüfung wurden die meisten Journalisten von Radio und Fernsehen beurlaubt und hatten während dieser Zeit bei ihren Institutionen Hausverbot. Als Gehalt zahlte man ihnen während ihrer erzwungenen Untätigkeit bei weitergehendem Arbeitsverhältnis 75% ihres

Durchschnittslohns, zumeist etwa 10000 Zloty (immer noch etwas mehr als der allgemeine Durchschnittslohn von damals).

Die Überprüfung des Personals von Radio und TV wurde in zwei Etappen durchgeführt. Zuerst setzte man jeweils eine sechsköpfige Kommission ein, in der es neben zuverlässigen Direktionsmitgliedern auch Vertreter von WRON (Militärrat), Partei und Innenministerium (=Polizei) gab. Dieses Gremium führte die «Gespräche» (d.h. Verhöre) mit allen Leuten, die einen redaktionellen Status hatten. In einer zweiten Etappe überprüfte dann eine bloss noch dreiköpfige Kommission die rangniedrigeren Journalisten sowie das übrige Personal.

Analog funktionierte die Sache bei den Zeitungen und Zeitschriften. Überall bildete man «Verifizierungskommissionen» mit Vertretern von Sicherheitsdienst, Partei, Direktion sowie dem jeweiligen Chefredaktor. Falls dieser selbst als zuverlässig eingestuft worden war.

Die gesamte Tätigkeit dieser Sonderkommissionen hatte keinerlei Rechtsgrundlage und war somit gesetzwidrig. Es gab überhaupt kein Dokument, das die Kommissionkompetenzen definiert hätte, und ihre gesamte «Arbeit» beruhte somit auf Willkür. Gegen die Verfahren als solche war

man völlig machtlos; gegen die *Entscheidung* der Kommissionen gab es immerhin eine Berufungsmöglichkeit.

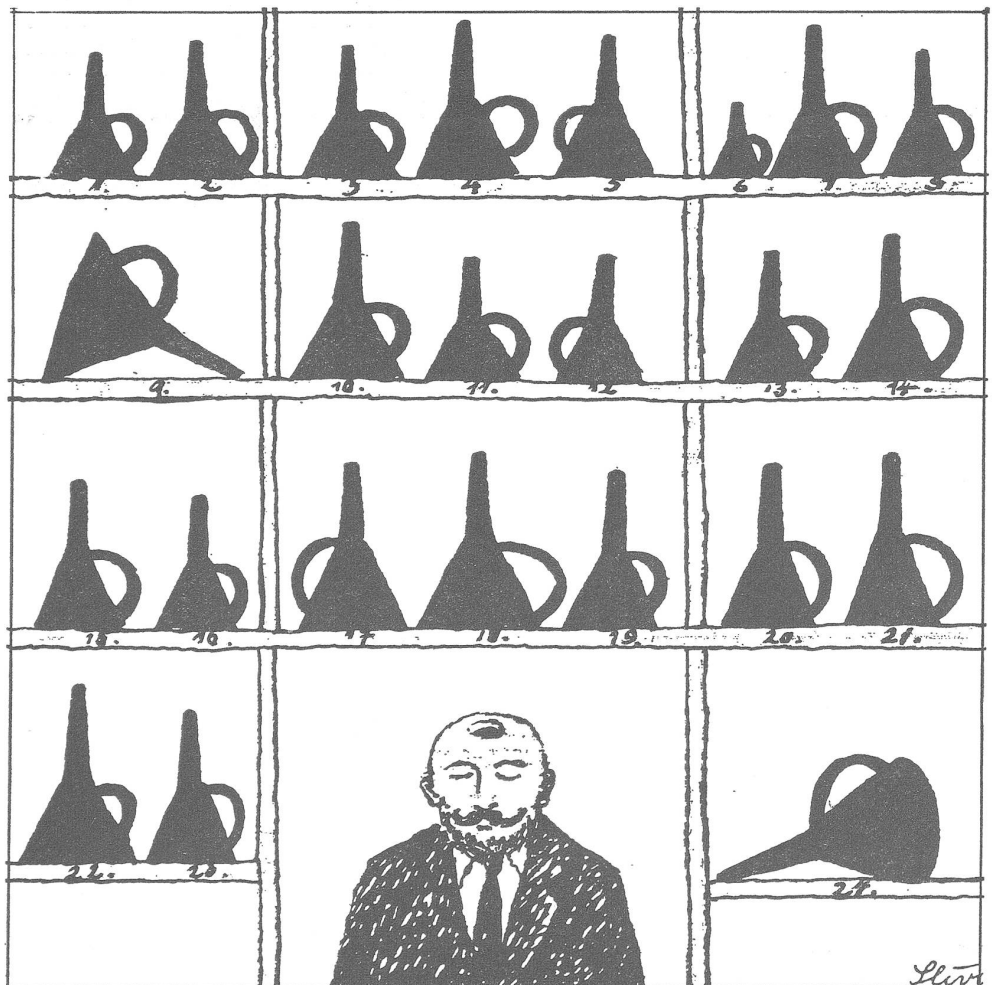
Die Fragen bei den sogenannten Gesprächen mit den Journalisten bezogen sich unter anderem auf rein persönliche Angelegenheiten. So warf man zum Beispiel einem Journalisten in Kattowitz seine kirchliche Heirat vor und die Tatsache, dass er seine Kinder am Religionsunterricht teilnehmen liess.

Aber das war noch nicht das Schlimmste. Vielfach zwang man die Presseleute auch, sich über die Tätigkeit ihrer Kollegen zu äussern. Stereotype Fragen bezogen sich auf das Verhalten von SDP-Funktionären, auf die Beurteilung einerseits der Parteipolitik und andererseits der Solidarnosc-Aktivitäten.

Da die Verifizierungsverfahren auch technische Mitarbeiter und Sekretärinnen betrafen, wurden so insgesamt über 10000 Personen einvernommen. Die Aktion begann im Januar 1982 und dauerte bis in den März hinein.



Als Folge der Überprüfung kam es zu abgestuften Sanktionen gegen «unzuverlässige Elemente»: Versetzung zu einer niedrigeren Arbeit, Entlassung, Berufsverbot.



Loch im Kopf für Trichter. («Szpilki», Warschau, 13.1.1983)

# Der Papst auf Münzen

Im Hinblick auf den bevorstehenden zweiten Besuch von Johannes Paul II. in seiner Heimat (das Regime knüpft daran immer noch die Bedingung vom Wohlverhalten der polnischen Bevölkerung) emittiert die polnische Nationalbank verschiedene Gedenkmünzen mit dem Bildnis des Papstes.

Die Nominalwerte reichen von 100 Zloty bis 10000 Zloty, das heisst vom knappen Preis für eine Tasse Kaffee bis zum durchschnittlichen Monatseinkommen.

So sollte eigentlich jeder Pole imstande sein, sich eine solche Münze als Andenken zu erwerben. Aber leider wird der Kauf nur ganz wenigen Polen, die im Lande selbst leben, überhaupt möglich sein. Die Münzen sind nämlich nicht aus dem üblichen Aluminium oder aus der Legierung Kupfer-Nickel geprägt, sondern aus Silber und Gold, und ihre Auflage beträgt insgesamt nur 500000 Stück (Polen hat 36 Millionen Einwohner). Vor allem aber werden sie gar nicht in Polen in Umlauf gebracht, sondern im kapitalistischen Ausland gegen harte Devisen verkauft, und zwar zu einem «Kurs», bei welchem der Zloty gleich 20 (zwanzig!) mal höher bewertet wird als im offiziellen Kurs.

Doch nun ist in polnischen Zeitungen zu lesen, dass man auch für den Gebrauch im eigenen Land silberne Münzen mit dem Papstbildnis herausgibt. Aber einzig zum Nominalwert von 1000 Zloty. Davon will man aus zwanzig Tonnen reinem Silber zwei Millionen Münzen prägen. «Aber auch so reicht es nicht für alle; schliesslich möchte doch jeder Pole eine Papstmünze besitzen» («Express Wieczorny», Warschau, 8.4.1983). So ist mit Sicherheit vorauszusehen, dass die silbernen 1000-Zloty-Stücke der Inland-Ausgabe nur unter der Hand «zirkulieren» und ganz erheblich mehr kosten werden als der aufgeprägte Nominalwert.

Oder anders gesagt: Je mehr einer als privilegierter Funktionär gegen den Papst eingestellt ist, desto grösser sind seine Chancen, in den Besitz der Papst-Münze zu kommen. vp



Insgesamt wurden 1200 Journalisten entlassen und 1000 weitere degradiert oder vorzeitig pensioniert. Bemerkenswerterweise mussten auch 60 Chefredaktoren und 20 TV-Direktoren entlassen werden, also Leute, die als ausgesprochene Vertrauenspersonen des Regimes an ihre Posten gelangt waren. (Chefredaktoren werden in kommunistisch regierten Ländern nach dem Kriterium ihrer Partei-Verlässlichkeit ernannt und nicht aufgrund journalistischer Fähigkeiten.)

In einigen Städten ging die Säuberung wesentlich weiter als im Landesdurchschnitt. In Danzig hat man von den 156 Journalisten und 150 TV-Mitarbeitern etwa 60 entlassen. Auch in Kattowitz und Lodz war die Säuberung sehr gross.

Viele Radioprogramme wurden eingestellt.

Gegen den Entscheid über die Auflösung der SDP wurde Berufung eingelegt; dabei protestierte man gegen die Verletzung des Gesetzes über Verwaltungsverfahren. Der SDP wurde die Möglichkeit nicht gewährt, zu den gesammelten Materialien und Beweisen, auf deren Grund die Auflösung erfolgte, Stellung zu nehmen. Entgegen Art. 61 dieses Gesetzes wurde die SDP über den Beginn des Verfahrens nicht einmal informiert. Mehr als 100 Journalisten protestierten

gegen das rechtswidrige Verfahren: von den 73 vom ausserordentlichen SDP-Kongress gewählten Funktionären protestierten 50 gegen die Auflösung.

\*\*\*

Unter den Internierten gab es einige Dutzend Journalisten, die einen Pass erhielten, um Polen ohne die Möglichkeit zur Rückkehr zu verlassen. Ungefähr ein Dutzend wartet noch auf den Pass. Einige Zeitungen wurden liquidiert, etliche provisorisch eingestellt; mehrere von den letzteren wurden dann im Februar/März 1982 wieder zugelassen.

Die Vereinigung Polnischer Journalisten wurde schon am 13. Dezember 1981 suspendiert; sie war also eine der ersten Organisationen, welche die Jaruzelski-Führung suspendierte. Die etatmässigen Mitarbeiter – über 60 – wurden entlassen.

Besonders heftige Angriffe richtete man gegen den SDP-Präsidenten, Stefan Bratkowski. Die Kampagne gegen ihn begann mit Erklärungen unbekannter Leute in der TV. Den SDP-Gremien wurde vorgeworfen, sie hätten sich der Solidarnosc unterstellt, sie hätten eine oppositio-

nelle Politik betrieben, sich nicht mit den Problemen der Mitgliedschaft befasst. Diese Argumente wurden auch im Beschluss über die Auflösung wiederholt (veröffentlicht am 19. März 1982). Die SDP-Führung konnte sich zu den Vorwürfen nicht äussern.

Der nicht verhaftete Teil der SDP-Führung wandte sich mit einem illegalen Aufruf an die SDP-Mitglieder und indirekt natürlich auch an die Staatsorgane: «Wir wenden uns an euch in diesem dramatischen Moment unseres Berufes. Der Beschluss über die Auflösung der SDP wurde trotz unserer Bestrebungen gefasst, den Dialog zu erneuern. Dieser Beschluss ist die Krönung der rechtswidrigen Repressalien...» Gegen die Auflösung reichten auch zwei Abgeordnete im Sejm Interpellationen ein, aber natürlich ohne Erfolg.

Nachher entstand die heutige Journalistenorganisation, die Vereinigung der Journalisten der Polnischen Volksrepublik (SD PRL). Eine Organisation, welche bis heute keine Möglichkeit hatte, ihre Führungsorgane zu wählen. Erst für das zweite Halbjahr 1983 ist der Kongress vorgesehen. Die Mitglieder werden zwangsweise rekrutiert, mit Hilfe des Diktats der Chefredaktoren.

\*\*\*

Das Gesetz über die Einschränkung der Zensur vom Juli 1981 wurde suspendiert und ist es geblieben. Dafür wurde der Entwurf eines Pressegesetzes zur Diskussion gestellt, welcher in mehreren Punkten dem anderen Gesetz widerspricht und eine zusätzliche Kontrolle der Presse ermöglichen wird. Allerdings ist nicht bekannt, wann dieser Entwurf dem Sejm unterbreitet und von ihm zur Gesetzeskraft erhoben wird. ■

**ZETBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder

**Abonnementspreise (Inland)**

Fr. 39.— jährlich  
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—  
Einzelnummer Fr. 2.—

**ZB-Auslandpreise**

Fr. 42.—/DM 48.—  
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—  
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80

## Der Kommentar

# 1. Mai in Polen

Als die Werktätigen am 1. Mai den Tag der Arbeit mit friedlichen Demonstrationen begehen wollten, standen sie einem Grossaufgebot an Polizei und Militär gegenüber. Mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummiknüppeln rückte man gegen die Manifestanten vor und trieb sie mit brutaler Gewalt auseinander. Es gab viele Verletzte und Verhaftete, insbesondere unter den Jugendlichen. So verteidigten die herrschenden Schichten ihre Privilegien.

Diese Vision von kapitalistischen Verhältnissen in ihrer bösartigsten Ausprägung ist am letzten Sonntag wahr geworden. Bloss nicht in den Städten der westlichen Industriestaaten, sondern im sozialistischen Polen.

Im gleichen Polen, das am 19. April dem letzten Überlebenden des Warschauer Ghetto-Aufstan-

des von 1943 gegen die Nazis, Marek Edelman, die Teilnahme an der «falschen» Gedenkfeier hatte verbieten müssen, weil er sonst klar gemacht hätte, auf welcher Seite die wirklichen Antifaschisten stehen.

Der 1. Mai in Polen hat gezeigt, dass die Solidarnosc zwar verboten und verfolgt, aber immer noch präsent ist. Den Aufruf der Gewerkschaft aus dem Untergrund zu selbständigen Kundgebungen der Arbeiter und Studenten befolgten wiederum Zehntausende trotz aller vorsorglichen Drohungen des Regimes, das Teilnehmer an verbotenen Demonstrationen von der Arbeit oder vom Studium ausschliessen kann.

Der Entscheid von Solidarnosc, den der Provisorische Koordinationsausschuss der Gewerkschaft auf einer geheimen Sitzung zwischen dem 9. und dem 11. April traf, konnte nicht einer Machtprobe gelten; dazu haben die unbewaffneten Arbeiter keine Chance. Die Demonstrationen konnten überhaupt nicht mehr sein als Zeichen und Zeugnis. Auch das ein Unterfangen, das angesichts der herrschenden Verhältnisse eigentlich «unmöglich» hätte sein sollen. Aber es hat das Regime erneut zum sichtbaren Beweis gezwungen, dass es seiner Arbeiterschaft und Jugend nicht anders Herr werden kann als durch Polizeigewalt.

Die Szenen der Gewalt waren nicht auf die Teilnehmer an den Kundgebungen zurückzuführen. Die Solidarnosc hatte denn auch ausdrücklich zu einem gewaltlosen Protest aufgerufen und sich ebenso ausdrücklich weiterhin zu einem Dialog bereit erklärt. Auch Lech Walesa selbst, der an der Vorbereitungsitzung teilgenommen hatte, bekräftigte die Kompromissbereitschaft der Gewerkschaft.

Die Partei allerdings will nur eine Form des Dialogs anerkennen, die Respektierung ihres Diktats. Der stellvertretende Chef der Sicherheitstruppen, General Bejm, hatte schon angekündigt, dass «die Sicherheitsdiensttruppen ihrer Pflicht gemäss jeder Situation gewachsen» sein würden. Woran nicht zu zweifeln war. Der General verfügte denn auch über genügend Gummiknüppel, Handschellen und Panzerwagen, um seine Ankündigung in den praktischen Einsätzen wahr zu machen und den Dialog mit der Arbeiterklasse so zu führen, wie es der sozialistischen Ordnung entspricht.

Auf seiner eigenen, wohlabgeschirmten Kundgebung stellte Junta-Chef Jaruzelski gleichzeitig das Ende des Kriegszustandes in Aussicht, falls die Bevölkerung das entsprechende Wohlverhalten an den Tag lege. Eine Erinnerung daran, dass der Kriegszustand trotz seiner «Suspendierung» zu Jahresbeginn immer noch in Kraft ist. Seit das Regime seiner Bevölkerung den Krieg erklären musste. *ddm*

## In Kürze

Überaus lobend äussert sich die «Politika» (Belgrad, 21.3.1983) über die gute Zusammenarbeit von Bahn, Post und Flugverkehr in der Schweiz. Besonders gerühmt wird das «Gespann» SBB-Swissair, mitsamt den finanziellen Verflechtungen übrigens. Vom Swissair-Aktienpaket bei den Bundesbahnen profitiere am meisten der Passagier, und die Koordination auch bei der Gepäckbeförderung klappe wie selten in einem Land der Welt. Von einem ausländischen Korrespondenten mit Vergleichsmöglichkeiten dürfen wir uns schon mal daran erinnern lassen, dass die SBB nicht nur Defizite produzieren, sondern auch Dienstleistungen anbieten, die man anderswo als beneidenswert einstuft.

\*

Steht in der Sowjetunion eine massive Preiserhöhung für Brot bevor?

Der stabile Preis für Brot gehört wie die niedrigen Mieten für Wohnungen (auf die man bloss zehn Jahre warten muss) zu den propagierten Wahrzeichen des Systems. Aber nunmehr hat das Präsidium des Obersten Sowjets bekanntgegeben, dass sich viele Werktätige über die enorme Verschwendung des stark subventionierten Brotes beklagten. Die Zeitschrift «Kommunist» hat solche Briefe veröffentlicht. Es liege nicht im Interesse der werktätigen Massen, dass man Brot als billigstes Futtermittel den Tieren zum Frass vorwerfe usw. Da müsse eine realistische Teuerung (die Vorschläge reichen von 20–30 Prozent bis zu 100 Prozent) Abhilfe schaffen. Wenn die sowjetischen Behörden eine Preiserhöhung planen, organisieren sie oft vorsorglich den «Druck von unten».

Die Sache hat noch einen andern Aspekt: Durch sparsameren Umgang mit Brot will man den Import von Getreide aus dem Ausland herabsetzen. ■

(siehe dazu auch ZB, Nr. 3/1983, über Bukowskis Buch), das zeigt auch in durchaus schlüssiger Weise das Ausmass der sowjetischen Mitlenkung bei den organisierten Friedensfreunden. Wenn die Friedensbewegung dementieren will, soll sie es durch die Traktandierung des Afghanistan-Krieges tun; anders hat sie nicht den geringsten Anspruch auf Glaubwürdigkeit.

**Aber nun zum konkreten Fall des Berner Büros von Nowosti.**

Vor einem Jahr, in der Nummer 6/1982, hatten wir uns in einem grösseren Bericht mit dem Fall seines schweizerischen Mitarbeiters Philip Spillmann befasst. Er hatte für «Unsere Welt», dem Organ der Schweizerischen Friedensbewegung, einen von der sowjetischen Presse gelobten Reisebericht über Afghanistan geschrieben, der die sowjetische Sache voll unterstützte. Anstellung bei Nowosti – Schweizerische Friedensbewegung – Werbung für den Krieg in Afghanistan: eine lückenlose Kette im konkreten Fall. Hätte die schweizerische Friedensbewegung insgesamt (von der die grossgeschriebene Schweizerische Friedensbewegung «nur» ein Teil ist) gegen jene Nowosti-Verbindung protestiert, dann hätte sie heute ein Recht, sich gegen die «unterstellte» Verbindung zu verwehren. So aber gibt sie uns das Recht, ihren jetzigen Protest als Hypokrisie zu bezeichnen. *cb*

## Unsere Meinung

### Nowosti und Friedensbewegung

Die schweizerischen Behörden haben die Schliessung des Berner Büros der sowjetischen Agentur Nowosti verfügt, unter anderm deshalb, weil es bei der schweizerischen Friedensbewegung mitgemischt hat.

Das grosse Dementi aus den wirklichen oder angeblichen Friedenskreisen bei uns widerspricht nicht so sehr dem Befund der schweizerischen Behörden als vielmehr der durchaus öffentlichen und offiziellen Darstellung der sowjetischen Behörden selbst. Diese betonen bei jeder Gelegenheit mit jedem Nachdruck, wie nachhaltig sie das unterstützen, was in ihrem Sinne die Friedensbewegung im Westen ist. Mit noch grösserem Nachdruck verwehren sie sich bloss gegen jene Friedensbewegung, die sich zum Beispiel gegen den real geführten Krieg in Afghanistan wendet. Und wie weit das Thema «Afghanistan» in der westlichen Friedensbewegung tatsächlich tabuisiert ist